

# Zur Macht der Freiheit in der Erziehung

**Gedanken zu Ursachen und Folgen von Mut und Angst in Pädagogik und Politik** (In Anlehnung an einen Vortrag am 13.7. 2015 in der Patriotischen Gesellschaft Hamburg)

von Dr. Wolfgang Hammer

Heute geht es um mehr als nur um die Frage, wie wir Freiheitsentzug und Entwürdigung in der Jugendhilfe verhindern können. Es geht um mehr, weil wir diesen Kampf nur gewinnen können, wenn wir Mehrheiten in der Gesellschaft und Politik davon überzeugen können, dass Freiheit in der Erziehung die zentrale Kraft ist, die Kindern und Jugendlichen die Stärke verleiht, sich mit unserer Unterstützung zu entfalten und zu verantwortlichen Persönlichkeiten heranzuwachsen.

Wir kämpfen heute für die Verwirklichung der Rechte der Kinder und gegen einen durch Angst überlagerten Kleingeist in Pädagogik und Politik, der unter dem Anspruch, Kinder zu schützen und zu fördern, Konzepte, Programme und Einrichtungen hervorgebracht hat, die primär auf Misstrauen und Kontrolle basieren und Entwürdigung und Freiheitsentzug selbst dann zur Folge haben, wenn es nicht geplant und beabsichtigt ist.

Wir müssen, um diesen Kampf glaubwürdig zu führen, damit beginnen unseren Blick zu schärfen für eine Fülle von Fehlentwicklungen bei uns selbst - also im System und in der Profession der Sozialen Arbeit. Ein kurzer Blick auf die wesentlichen Fehlentwicklungen zeigt, wie schleichend unser Umgang mit den Rechten von Kindern und Jugendlichen im Alltag zu menschenfeindlichen Strukturen und Hilfen geführt hat. Die in Forschung und Praxis immer wieder belegten Maßnahmekarrieren zeigen, dass wir es häufig nicht schaffen, lebenswerte Orte für junge Menschen zu erhalten oder neue lebenswerte Orte zu schaffen und zu sichern. Dies ist auch – aber nicht nur – darauf zurückzuführen, dass Kinder in Deutschland im Gegensatz zur UN - Konvention über die Rechte der Kinder nicht wie Subjekte gesehen und behandelt werden, sondern als Objekt unseres selbstverständlich gut gemeinten Handelns.

Wenn wir Professionellen immer das Kindeswohl im Auge haben, brauchen wir die Kinder nicht mehr fragen – dann wir sind die Experten, so glauben wir viel oft. Gleichzeitig müssen wir nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2014 hinnehmen, dass es eine Grenze des zumutbaren seelischen und geistigen Schadens von Kindern gibt, die wir akzeptieren müssen, ohne handeln zu dürfen.

Dies hat dazu geführt, dass viel zu häufig Kinder von bindungsgestörten und überforderten Eltern zu früh aus den Familien herausgenommen werden, etliche ambulante Familienhilfen für die Kinder wenig Hilfe bringen, zu häufig Inobhutnahmen vorgenommen werden, ohne dass es gelingt in vertretbarer Zeit neue Lebensorte zu finden. Pflegekindern wird zugemutet, wie ein Besitztum trotz positiver Entwicklung ohne Rücksicht auf das Kindeswohl wieder aus einer neuen Bindung herausgerissen zu werden. Dadurch wird diesen Kindern jede Bindungssicherheit und Verlässlichkeit genommen. Viele von ihnen landen dann

nach einer Odyssee durch zahlreiche Betreuungssettings als entwurzelte junge Menschen, die sich nichts mehr zutrauen, weil sie nie jemanden trauen konnten.

Diese jungen Menschen stehen heute im Focus unserer Tagung, denn die Jugendhilfe und die Politik hat für eine Reihe dieser jungen Menschen Lösungen parat, die auf Misstrauen, Entmündigung, Kontrolle, Entwürdigung und Freiheitsentzug basieren. Die Verantwortung dafür darf aber nicht nur in der Politik gesehen werden - ohne Träger, die damit bei Tagessätzen von 200 € - 500 € und mehr gutes Geld verdienen, ohne Jugendämter die solche Einrichtungen belegen und ohne eine Jugendhilfelandchaft, die zu lange gezögert hat, sich dieser jungen Menschen in anderer Weise anzunehmen, wäre dies nicht möglich gewesen.

Wenn wir dies ändern wollen, müssen wir ab heute den fachlichen und gesellschaftspolitischen Diskurs anders führen als bisher und unsere Praxis verändern. Die Forderung nach veränderten politischen Haltungen, Rahmenbedingungen und Rechtsgrundlagen muss einhergehen mit unserer Bereitschaft Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen und ihre Rechte zu achten, gerade dann, wenn andere uns weismachen wollen, für diese " tief gestörten jungen Menschen " bedürfe es rigider Konzepte und Grundrechtseingriffe, um Ihnen zu helfen. Auf dieser Basis muss unser Dialog mit der Politik neu ausgerichtet werden. Die erste Botschaft ist die: zu jeder dieser inhumanen Scheinlösungen gibt es Alternativen - überall in unserem Land.

Wir brauchen keine Haasenburgen und Friesenhöfe. Wir brauchen keine Konzepte, nach denen jungen Menschen Würde, Freiheit und Vertrauen erst entzogen wird, um es dann in Phasenmodellen als Belohnung wieder stückweise zu verteilen. Wir brauchen keine Wissenschaftler, die den Wert solcher Konzepte lehren. Und wir brauchen keine Politiker die sich diese Positionen zu Eigen machen - denn Freiheitsentzug und Entwürdigung sind keine *ultima Ratio* sondern ihr Gegenteil: nämlich eine *ultima irratio* also der letzte Irrsinn.

Die bestenfalls wirkungslosen Angebote der Geschlossenen Unterbringung ( GU ) sind gerade durch die jüngste Langzeitstudie von Chr. Schrapper u.a. belegt worden. Die wesentliche Erkenntnis ist: *Es gibt keine Hinweise darauf, dass durch GU Änderungen in der Lebensplanung oder der Hilfeplanung bewirkt worden.*

Alle Studien der Vergangenheit so auch die von Hanna Permien ( Deutsches Jugendinstitut ) weisen auf, dass vor allem der verlässliche Kontakt und das nicht wieder abgeschoben werden zu den positiven Erfahrungen gehören. Zum Freiheitsentzug konnte kein kausaler Zusammenhang nachgewiesen werden. Die fatalen Nebenwirkungen von Freiheitsentzug sind hingegen unstrittig - kein Medikament und keine Behandlungsform würde bei diesem Forschungsstand zugelassen werden.

Das Gegenstück dazu sind die ermutigenden Erfahrungen, wenn junge Menschen ernsthaft und maßgeblich an ihrer Lebensplanung beteiligt werden und von Objekten zu Akteuren werden.

Um junge Menschen vor Entwürdigung in der Jugendhilfe zu schützen brauchen wir aber auch dringend eine radikale Änderung der rechtlichen Grundlagen. Insbesondere der z.Z. bestehende Schutz der Gewerbefreiheit beim Betrieb von

Einrichtungen zu Lasten der Kinderrechte, die die Vorgabe von fachlichen Standards durch die Landesjugendämter einschränkt und die Heimaufsicht zu einem stumpfen Schwert macht, sind ein Skandal. Dieses Problem ist auch nicht durch Personalaufstockung zu lösen, sondern nur durch eine Stärkung der Belegungs- und Kontrollverantwortung durch die Jugendämter, verbindliche konzeptionelle fachliche und sächliche Vorgaben für das Hilfesystem und das Verbot von entwürdigenden Erziehungsmethoden.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Eltern, die ihre Kinder entwürdigen, zu Recht das Risiko von staatlicher Intervention und Strafjustiz zu befürchten haben, die gleichen inhumanen Methoden von Pädagogen in Einrichtungen aber zugelassen sind. Und dringend erforderlich ist die verbindliche Umsetzung der Verabredungen der Runden Tische zur Heimerziehung und zum sexuellen Kindesmissbrauch, um endlich überall unabhängige Ombudsstellen für Kinder und Jugendliche zu haben, in denen Beschwerden von jungen Menschen ernsthaft nachgegangen wird.

In der neuesten Ausgabe des Forums für Kinder- und Jugendarbeit findet sich als Nachdruck die beeindruckende Geschichte eines Jungens, die exemplarisch ist für alles was Jugendhilfe richtig aber auch falsch machen kann: *"Wenn ich wieder ins Heim muss, dann haue ich ab und keiner wird wissen wo ich bin"*. So beginnt die Geschichte von Justin, der schon *"gefühlte zehn Heime"* durchlaufen hatte, als er das erste Mal in seinem Leben nach 7 gescheiterten Jugendhilfemaßnahmen eine Hilfeplanung erlebt, die nicht nur für ihn sondern mit ihm gemacht wird. Im Vorlauf zur Hilfeplanung findet ein Familienrat statt, wo Justin seine Vorstellungen maßgeblich einbringen kann und Bezugspersonen verbindlich mitwirken, die bisher von den Fachleuten als pädagogisch ungeeignet angesehen oder schlicht übersehen wurden. In der Nachschau wird festgehalten, dass Justin erstmals aktiv an der Gestaltung seines Lebens mitwirkt, sich in der Schule positiv entwickelt und mutig und hoffnungsvoll in die Zukunft schaut.

Wer Entwürdigung und Entmündigung in der Jugendhilfe vermeiden will, muss bereit sein, Kinder und Jugendliche und ihrer Bedürfnisse von Anfang an ernst zu nehmen und so früh wie möglich an der Hilfeplanung zu beteiligen.

Unser Kampf für Kinderrechte beginnt nicht erst in der Pubertät sondern bei der Geburt und braucht Professionelle, die wissen wie wertvoll und unverzichtbar pädagogischer Erfolg und Selbstbestimmung miteinander verbunden sind. Methoden der Einbeziehung wie die des Familienrats dürfen in der Jugendhilfe nicht mehr länger nur die Ausnahme sein sondern müssen zum Regelfall werden.

Das Gegenteil von Mut ist Angst. Mut macht stark und befreit - Angst macht schwach und hat bürokratischen Kontrollaufwand zur Folge. Wir brauchen nicht nur eine Kultur der Ermutigung für unsere Kinder und Jugendlichen sondern auch für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Jugendämtern und bei den Trägern der freien Jugendhilfe.

Wohin ein durch Angst und Kontrolle überlagertes Hilfesystem führen kann, wird an dem Beispiel des Artikels deutlich *"Entweder Sie stimmen zu oder wir machen das mit Gewalt"*, der ebenfalls in der neuen Ausgabe des Forums veröffentlicht ist. Hier wird eine unproblematische Alltagssituation in einer Familie durch verunsicherte Fachkräfte eines Jugendamtes zum Fall einer schweren Kindeswohlgefährdung mit

vorübergehender Inobhutnahme und der zwingenden Einschaltung eines Anwalts, um das Kindeswohl gegen Entscheidungen eines Jugendamtes durchzusetzen.

Wer hier aber nur das unfachliche Handeln der Fachkräfte sieht, macht es sich zu leicht. Solange sich die politische und mediale Aufarbeitung tragischer Einzelfälle vor allen auf die akribische Überprüfung der Einhaltung von Vorschriften konzentriert und den individuell belasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Entlastung nur das Versprechen von mehr Personal anbietet wird eine auf individuelle Absicherung ausgerichtete Praxis begünstigt, die sich auf die Vermeidung von individuell zurechenbaren Fehlern gründet und nicht auf einer dem Kindeswohl dienenden offensiven Jugendhilfe.

Es ist an der Zeit festzustellen, dass in Hamburg und bundesweit die Möglichkeiten von fachlichen und politischen Erkenntnisgewinnen durch Sonderausschüsse und Parlamentarische Untersuchungsausschüsse erschöpft sind und deren Nebenwirkungen für die Praxis immer gefährlicher werden. Was wir brauchen ist ein Blick auf das Gesamtsystem und der ihm zugrundeliegenden Menschenbilder und Handlungsleitlinien.

Dieser Blick könnte sinnvollerweise in einer Enquetekommission geleistet werden, die neben den Vertretungen der Fraktionen auch Expertinnen und Experten zusammenbringt, um Zukunftsvisionen einer besseren Kinder- und Jugendpolitik zu entwickeln. Dabei darf es nicht nur um den Blick auf die Jugendämter , den Kinderschutz und die Hilfen zur Erziehung gehen, sondern es müssen auch die Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit und die Frühen Hilfen einbezogen werden.

In der öffentlichen Diskussion müssen wir aber vor allem deutlich machen, dass die Stärkung von Kinderrechten und das Setzen auf Ermutigung und Beteiligung alternativlos sind. Wir sind die Realisten in einer demokratischen Kultur, die Kindern Chancen geben. Der Vorwurf der Kuschelpädagogik ist ein Kampfbegriff, um davon abzulenken, dass undemokratische Erziehungsformen teuer und wirkungslos sind, der Öffentlichkeit aber als Kriminalitätsprophylaxe und therapeutisch begründet verkauft werden.

Wer so argumentiert, steht nicht auf der Seite der Kinder und Jugendlichen sondern auf der Seite einer grauen Pädagogik, in der Freiheitsentzug und die Entwürdigung legitime Mittel der Erziehung sind. Es wird höchste Zeit. dass wir uns von diesen Demokratie-Verweigerern abgrenzen.

Kinder und Jugendliche sind eigene Rechtssubjekte. Sie haben das Recht auf Förderung, Schutz und Beteiligung. Das ist unsere Aufgabe, und das Hinwirken auf förderliche Rahmenbedingungen in allen Lebensbereichen.